Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertsechsfundfünfzigste öffentliche Sitzung

Nr. 156

Freitag, den 24. März 1950

VI. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	254, 268	Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag des Abgeordneten Pöschel betr. Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit Schwerbeschädigter (Beilage 3527)	
Mündliche Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt und des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Beilagen 3492, 3533) — Fortsetzung der Beratung — . . .	254	Pöschel (SPD) [Berichterstatter]	258
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen und Dr. von Prittwitz und Genossen betr. Gesetz über das Bayerische Landesamt für Kurzschrift (Beilage 3535)		Dr. Hundhammer, Staatsminister	260
Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]	254	Dr. Antermüller, Staatsminister	261
Antrag des Haushaltsausschusses beziehungsweise des Präsidiums und des Ältestenrats betr. Führung der bisher dem Landtagsamt eingegliederten Abteilungen für den Bayerischen Senat und für das Stenographenbüro als selbständige Ämter und Ermächtigung der Präsidenten des Landtags und des Senats zur Befehung der für die Durchführung der Neuorganisation notwendigen neuen Stellen im Vorgriff auf den Haushalt 1950	256	Pöschel (SPD)	262
Antrag der Abgeordneten Stöck und Genossen betr. vorzugsweise Einweisung von Zusicherungsträgern des Sonderministeriums in die im Vorgriff auf das Haushaltsjahr 1950/51 bewilligten Stellen der Justizverwaltung, Finanzverwaltung usw.	256	Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Dr. Baumgartner, Scharf und Allwein betr. Weiterverwendung der anlässlich des Abbaus der Ernährungsämter A zur Entlassung kommenden Angestellten im öffentlichen Dienst (Beilage 3417)	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Grenzlandfragen zum Antrag der Abgeordneten Kurz und Genossen betr. Ausstellung der Grenzübertrittsheine durch die Bürgermeister und Ermäßigung der Gebühren (Beilage 3531)		Maag (SPD) [Berichterstatter]	263
Kurz (CSU) [Berichterstatter]	257	Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Brunner betr. Bestellung von Beamten bei den verschiedenen Staatsgütern (Beilage 3418)	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Brunner, Bodesheim, Baumeister und Kiene betr. Auflösung der Ernährungsämter A (Beilage 3416)		Magengast (CSU) [Berichterstatter]	263
Baumeister (CSU) [Berichterstatter]	257	Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag des Abgeordneten Czerl betr. Umstellung des Haushaltsjahres auf das Kalenderjahr (Beilage 3523)	
		Dr. Wußlhofer (CSU) [Berichterstatter]	264
		Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betr. Sitz des Bundesgerichtshofs (Beilage 3516)	
		Zietzsch (SPD) [Berichterstatter]	264
		Antrag des Abgeordneten Dr. Stang betr. Verwendung des von der Befehlsmacht freigegebenen Fliegerhorsts Kaufbeuren für wirtschaftliche und gemeinnützige Zwecke	265
		Mündlicher Bericht des Ausschusses für Besoldungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Bitom und Genossen betr. Vorlage eines neuen Pensionsgesetzes (Beilage 3519)	
		Dr. Wußlhofer (CSU) [Berichterstatter]	265

	Seite
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Besoldungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen und Guertl betr. Beförderung der Volksschullehrer zu Oberlehrern (Beilage 3520)	
Hauffe (SPD) [Berichterstatter]	266
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau zum Antrag des Abgeordneten Scharf betr. Unterstützung der bildenden Kunst (Beilage 3517)	
Zillbiller (CSU) [Berichterstatter]	267
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau zum Antrag der Abgeordneten Kleffinger, Koste, Wiehling und Dr. Kief betr. gesetzliche Regelung der Mietpreise für vom Mieter instandgesetzte Wohnungen (Beilage 3518)	
Michel (CSU) [Berichterstatter]	267
Nächste Sitzung	268

Die Sitzung wird um 9 Uhr 13 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang eröffnet.

Präsident: Ich eröffne die 156. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 5 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Berger Rupert, Brandner, Centmayer, Eder, Endemann, Englert, Dr. Franke, Haaf, Held, Kraus, Dr. Kroth, Mac, Mayer Gabriel, Melchner, Pabstmann, Bösl, Prückent, Dr. Rindt, Ritter von Rudolph, Sauer, Schütte, Stock, Weinzierl Georg, Wilhelm.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich schlage vor, zunächst die Beratung über Punkt 4 der vorgestrigen Tagesordnung zu Ende zu führen, nämlich über die

Mündlichen Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt und des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Beilagen 3320, 3492, 3533).

Die Aussprache über diesen Gegenstand hat bereits stattgefunden. Die Abstimmung wurde gestern antragsgemäß zurückgestellt.

Dieser nunmehr nachzuholenden **Abstimmung** liegt der Wortlaut der Beilage 3320 zugrunde, soweit ich nichts anderes feststelle.

Ich rufe auf § 1. — Der Haushaltsausschuß beantragt ebenso wie der Verfassungsausschuß die Annahme der Ziffern 1 und 2 im Wortlaut der Beilage 3320. Zu Ziffer 3 beantragt der Ausschuß, dem neu einzufügenden § 13 a Abs. I die Fassung zu geben, wie sie aus Beilage 3492 ersichtlich ist. Die Ziffern 4 und 5 sollen gegenüber der ursprünglichen Fassung in Beilage 3320 unverändert bleiben.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem § 1 mit der zu Ziffer 3 vorgeschlagenen Änderung die Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Die Zustimmung ist erteilt.

Ich rufe auf § 2. — Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Zustimmung des Hauses fest. Eine förmliche Abstimmung erübrigt sich wohl, weil es sich um die gleiche Mehrheit handeln dürfte.

(Zuruf: Hält nur auf!)

Ich rufe auf § 3. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten in die **zweite Lesung** ein. Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist niemand gemeldet. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur **Abstimmung**; dabei liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf § 1, § 2, § 3. — Ich stelle fest, daß die einzelnen Paragraphen in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung die Zustimmung des Hauses auch in der zweiten Lesung gefunden haben. Die zweite Lesung ist damit beendet.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Schlussabstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der ersten und zweiten Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ich stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird.

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte keiner Erinnerung begegnet sind und somit die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir fahren in unserer Tagesordnung fort. Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen und Dr. von Brittwik und Genossen betreffend Gesetz über das Bayerische Landesamt für Kurzschrift (Beilage 3535).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]: Der Gesetzentwurf wurde in der 136. Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses am 21. März 1950 behandelt. Berichterstatter war ich selbst.

Der **Berichterstatter** trug dem Ausschuß den von ihm im Auftrag des Haushaltsausschusses festge-

(Dr. Hoegner [SPD])

legten Text des Gesetzentwurfs vor, der der Beratung und Beschlussfassung zugrundegelegt wurde.

§ 1 wurde einstimmig angenommen.

Bei § 2 bemerkte der Berichterstatter, die Anregungen des Leiters des Landesamts für Kurzschrift würden, soweit möglich, berücksichtigt werden. Ministerialrat Saylor empfahl, bei Abs. 1 in Angleichung an die Terminologie des Abs. 2 das Wort „Präsidenten“ durch „Präsidium“ zu ersetzen, und führte zu dem in § 2 des Gesetzentwurfs vorgesehenen Ernennungsverfahren aus: Das Landesamt für Kurzschrift soll gemäß § 2 Abs. 1 grundsätzlich dem Kultusministerium unmittelbar unterstellt werden; insolgedessen müßte wohl auch die Bestimmung des Art. 55 Ziffer 4 der Verfassung gewahrt werden.

Der Berichterstatter brachte eine entsprechende Fassung in Vorschlag.

Ministerialrat Saylor hat dann zu erwägen, ob nicht schon eine Bindung der Staatsregierung an das Einvernehmen mit dem Präsidium des Landtags bei der Ernennung des Leiters des Landesamts der Vorschrift des Art. 55 Ziffer 4 der Verfassung widerspricht.

Der Berichterstatter betonte demgegenüber die Doppelstellung des Leiters des Landesamts, der einerseits Vorstand einer wissenschaftlichen Anstalt, andererseits Leiter des Stenographischen Dienstes für Landtag und Senat sei. In letzterer Hinsicht habe das Präsidium des Landtags großes Interesse an einer Einflußnahme, und insoweit unterstehe der Leiter des Landesamts auch der Dienstaufsicht des Präsidiums; dagegen könne er in Bezug auf die Aufgaben nach § 3 nicht dem Landtagspräsidium unterstehen. Da also hier eine Verbindung teils von Aufgaben des Landtags, teils von allgemeinen Bildungsaufgaben vorliege, stehe die zuletzt vorgeschlagene Fassung seines Erachtens nicht in Widerspruch mit der Verfassung.

Der Abgeordnete P eschel befürwortete eine Übernahme der bis 1933 gültigen Regelung, wobei er bemerkte, daß die Landesanstalt für Kurzschrift zu diesem Zeitpunkt schon eine sehr lange Lebensdauer gehabt habe.

Der Berichterstatter stellte dazu fest, daß sich der Gesetzentwurf im wesentlichen an die Verhältnisse aus der Zeit vor 1933 anschließe.

Ministerialrat Saylor vertrat die Ansicht, daß die vorgeschlagene Dreiteilung in Leiter, wissenschaftliche Mitglieder und praktische Mitglieder einen sehr klaren Überblick über die Aufgaben des Landesamts gebe. Schließlich fragte er noch, ob der Haushalt des Landesamts für Kurzschrift künftig wie bisher mit dem Haushalt des Landtags unausgeschieden verbunden bleiben solle.

Der Berichterstatter hielt es der Haushaltsklarheit wegen für zweckmäßig, den Etat des Landesamts für Kurzschrift, zum mindesten bezüglich des wissenschaftlichen Teils einschließlich des Leiters, künftighin von demjenigen des Landtagsamts auszufordern. Daran, daß der Haushalt des Landesamts beim Haushalt des Landtags geführt werde, solle jedoch nichts geändert werden, da die praktische Aufgabe und damit

die Verbindung des Landesamts mit dem Landtag nicht wegzudenken sei.

Vizepräsident Hagen gab Kenntnis davon, daß nach Auffassung des Präsidiums der Etat des Landtags im Haushaltsjahr 1950 in: 1. Landtagsamt, 2. Senatsamt, 3. Landesamt für Kurzschrift gegliedert werden solle. — § 2 wurde dann in der Ihnen vorgelegten Fassung einstimmig angenommen.

Zu § 3 stellte Ministerialrat Saylor anheim, eine zusätzliche Bestimmung etwa folgenden Wortlauts in den Gesetzentwurf aufzunehmen: „Der Staatsminister für Unterricht und Kultus kann nach Benehmen — oder: im Einvernehmen — mit dem Präsidium des Landtags dem Landesamt auch Aufgaben auf dem Gebiete der Ausbildung und Prüfung von Lehrern des Maschinenschreibens übertragen.“ Diese Verbindung habe sich bisher als zweckmäßig erwiesen.

Abgeordneter Guertl machte im Hinblick auf die Tätigkeit der Wirtschaftsoberschulen Bedenken gegen die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Erweiterung des Aufgabengebiets des Landesamts geltend.

Ministerialrat Saylor hob demgegenüber hervor, daß die gewünschte Zusatzbestimmung sich nur auf die Prüfung von Lehrern des Maschinenschreibens beziehe, die gegenwärtig in Bayern an einer Zentralstelle erfolge. Man werde hier allerdings künftig wohl an eine Dezentralisation zu denken haben.

Wie der Vorsitzende in diesem Zusammenhang feststellte, war der Ausschuß der Meinung, daß unter dem Ausdruck „Lehrer“ auch Lehrerinnen zu verstehen seien.

Ministerialrat Saylor regte an, in § 3 Abs. 2 Ziffer 3 statt des Wortes „Fernlehrgängen“ das Wort „Lehrgängen“ zu setzen und die neu anzufügende Ziffer 8 entsprechend zu ergänzen. Der Regierungsvertreter legte Wert auf die Feststellung, daß das Kultusministerium durch die Vorschrift des § 3 nicht gehindert sein solle, zum Beispiel Gutachten auch von anderen Stellen oder Personen als dem Landesamt für Kurzschrift einzuholen.

Der Vorsitzende stellte als einmütige Auffassung des Ausschusses fest, daß das Staatsministerium für Unterricht und Kultus trotz des Wortlauts von § 3 nicht gehindert ist, irgendwelche Gutachten auch anderweitig zu erholen oder andere Kräfte mit hier genannten Aufgaben zu betrauen. — § 3 wurde in der Fassung der Beilage 3535 angenommen, ebenso § 4 und § 5.

In der Schlußabstimmung wurde dann der Gesetzentwurf im ganzen mit den beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Ich habe noch eine kleine Anregung zu § 2 Abs. 2 zu geben. Hier schlage ich vor, das Präsidium des Landtags vor dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu nennen, so daß der Abs. 2 des § 2 folgendermaßen lauten würde:

Der Leiter des Landesamts wird von der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Präsidium des Landtags, die übrigen Fachkräfte für die Aufgaben nach § 3 werden vom Präsidium des Landtags im Einvernehmen mit dem Staatsmini-

(Dr. Hoegner [SPD])

sterium für Unterricht und Kultus ernannt. Das Präsidium des Landtags bestellt die Beamten und Angestellten des Stenographischen Dienstes.

(Präsident Dr. Stang bespricht sich mit dem Berichterstatter über die Notwendigkeit des letzten Satzes von § 2 Abs. 2. Die Worte sind für das Haus nicht hörbar. — Zurufe.)

— Der Herr Präsident hat die Frage gestellt, ob nicht der Schlusssatz von § 2 Abs. 2 überflüssig sei. Ich habe demgegenüber ausgeführt, es gebe Stenographen, die beim Landesamt für Kurzschrift nicht wissenschaftlich beschäftigt würden, sondern die rein praktisch tätig seien und infolgedessen nur dem Präsidium des Landtags unterstünden. Daher könne der letzte Satz nicht entbehrt werden.

Ich ersuche das hohe Haus, den Beschlüssen des Rechts- und Verfassungsausschusses mit der von mir vorgeschlagenen Änderung beizutreten.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Ich schlage vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und an die erste Lesung unmittelbar die zweite anzuschließen. — Ein Widerspruch erhebt sich nicht; ich werde demgemäß so verfahren.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Dieser liegt die Fassung des Gesetzes auf Beilage 3535 mit der eben vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderung zugrunde, wonach in § 2 Abs. 2 folgende Umstellung vorgenommen werden soll:

Der Leiter des Landesamts wird von der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Präsidium des Landtags, die übrigen Fachkräfte für die Aufgaben nach § 3 werden vom Präsidium des Landtags im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus ernannt. Das Präsidium des Landtags bestellt die Beamten und Angestellten des Stenographischen Dienstes.

Ich rufe auf § 1. — Es erhebt sich kein Widerspruch; § 1 ist angenommen.

§ 2. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die § 2 mit dieser von mir noch einmal bekanntgegebenen Abänderung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — § 2 ist in dieser Fassung angenommen.

§ 3. — Ohne Widerspruch angenommen.

§ 4. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle die Annahme fest.

§ 5. — Ohne Widerspruch angenommen.

Damit ist die erste Lesung beendet. Wir treten nach dem vorhin gefassten Beschluß sofort in die **z w e i t e L e s u n g** ein. Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist niemand gemeldet; die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Dabei liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde. Ich rufe auf § 1, § 2, § 3, § 4, § 5. — Ich stelle fest, daß die einzelnen Paragraphen auch in der zweiten Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden haben. Die zweite Lesung ist damit beendet.

Wir kommen nun zur **S c h l u ß a b s t i m m u n g** über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, diese Schlußabstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erhebt sich nicht; ich werde so verfahren. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich stelle die Annahme des Gesetzes fest.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz über das Bayerische Landesamt für Kurzschrift.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Ich rufe auf Punkt 2 der heutigen Tagesordnung:

Antrag des Haushaltsausschusses beziehungsweise des Präsidiums und des Ältestenrats.

Abs. 1 hat folgenden Wortlaut:

Mit Wirkung vom 1. April 1950 werden die bisher dem Landtagsamt eingegliederten Abteilungen für den Bayerischen Senat und für das Stenographenbüro als selbständige Ämter geführt.

Ich lasse zunächst über diesen Absatz abstimmen. Ich bitte die Mitglieder des Hauses, welche diesem ersten Absatz des Antrags des Haushaltsausschusses beziehungsweise des Präsidiums und des Ältestenrats zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Absatz 1 ist angenommen.

Der Absatz 2 lautet:

Für die Durchführung dieser Neuorganisation werden die Präsidenten des Bayerischen Landtags und des Bayerischen Senats ermächtigt, die notwendigen neuen Stellen im Vorgriff auf den Haushalt 1950 zu besetzen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die so beschließen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Damit ist auch dieser Gegenstand erledigt.

Ich rufe auf Punkt 3 der heutigen Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Stodt und Genossen.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, in die durch Vorgriff auf das Haushaltsjahr 1950/51 bewilligten Stellen der Justizverwaltung, Finanzverwaltung usw. vorzugsweise Zusicherungsträger des Sonderministeriums einzuweisen, besonders solche, die den betreffenden Verwaltungen bereits zugewiesen sind.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Ich lasse abstimmen. — Ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, welche so beschließen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist so beschlossen.

(Präsident)

Ich rufe auf Punkt 4 unserer Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Grenzlandfragen zum Antrag der Abgeordneten Kurz und Genossen betreffend Ausstellung der Grenzübertrittsscheine durch die Bürgermeister und Ermäßigung der Gebühren (Beilage 3531).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Kurz. Ich erteile ihm das Wort.

Kurz (CSU) [Berichterstatter]: Mitglieder des hohen Hauses! Meine Damen und Herren! Der Grenzlandauschuß hat am 17. März 1950 den Antrag der Abgeordneten Kurz, Berger Rupert und Genossen behandelt. Der Berichterstatter führte aus, der von ihm selbst stammende Antrag auf Beilage 3294 sei bereits am 20. Februar auf der Tagesordnung des Verfassungsausschusses gestanden, auf seine Bitte aber dem Grenzlandauschuß überwiesen worden. Er nahm Bezug auf die vorausgehenden einschlägigen Anträge, die im Sommer 1947 angenommen wurden, wegen der Zuständigkeit der Militärregierung aber nur teilweise durchgeführt werden konnten. Die Grenzlandbevölkerung wünsche die Wiederherstellung der Verhältnisse im Grenzverkehr vor 1933. Dazu gehöre die Herabsetzung der Gebühren, die Aufhebung der Beschränkung der Ausstellung von Grenzübertrittsscheinen auf bestimmte Berufe und die Ausstellung der Scheine durch die Bürgermeister. Der Berichterstatter hat zunächst um Stellungnahme der Staatsregierung.

Der Mitberichterstatter, Abgeordneter Zietich, schloß sich dem an.

Oberregierungsrat Dr. K a n e i n erklärte hierzu, dem ersten Teil des Antrags auf Herabsetzung der Gebühren sei bereits Rechnung getragen durch die einschlägige Ministerialentschließung vom 18. Januar. Danach betrage die Gebühr für einen Grenzübertrittsschein mit Gültigkeitsdauer unter drei Monaten 1 DM, für solche mit Gültigkeitsdauer von drei Monaten und darüber 3 DM, für Grenzarten bis zu drei Tagen 1 DM. Zu diesen Gebühren trete ein Zuschlag von 25 vom Hundert nach § 9 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenwesens. Die Erhebung eines Unkostenbeitrags sei unzulässig.

Schwieriger sei die Frage der Übertragung der Ausstellung der Grenzübertrittsscheine an die unteren Verwaltungsbehörden. Grundsätzlich bestünden dagegen keine Bedenken. Da die Grenzpolizei aber seinerzeit von der Militärregierung mit der Ausstellung beauftragt wurde, seien Verhandlungen mit dem Landkommissar mit dem Ziel einer Auflockerung im Sinne des Antrags notwendig geworden. Diese noch im Gange befindlichen Verhandlungen seien erschwert durch das Mißtrauen der Amerikaner in allen Grenzfragen. Mit der Ausdehnung der Ausstellung auf alle im Grenzbezirk lebenden Personen sei das Ministerium einverstanden. Damit stimme auch die Stellungnahme der Landesgrenzpolizeidirektion überein.

Nach diesen Erklärungen des Vertreters der Staatsregierung stellte der Mitberichterstatter einen Abänderungsantrag, der nach einer kurzen Aussprache in folgender Fassung einstimmig angenommen wurde:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Landkommissar zu erwirken, daß die Grenzübertrittsscheine für alle im Zollgrenzbezirk lebenden Personen von den Bürgermeistern und nicht wie bisher von der Grenzpolizei ausgestellt werden.

Ich bitte das hohe Haus, diesem einstimmigen Beschluß des Grenzlandauschusses beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich stelle die Annahme des Ausschußantrags (Beilage 3531) fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Brunner, Bodesheim, Baumeister und Kiene betreffend Auflösung der Ernährungsämter A (Beilage 3416).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Baumeister. Ich erteile ihm das Wort.

Baumeister (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 59. Sitzung vom 23. Februar dieses Jahres einen Antrag behandelt, den Sie auf Beilage 2439 vorfinden. Dieser Antrag der Abgeordneten Brunner, Bodesheim, Baumeister und Kiene hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird beauftragt, um baldige Auflösung der Ernährungsämter A bemüht zu sein.

Der Antrag stammt vom 4. Mai 1949, liegt heute also schon geraume Zeit zurück; er wurde im vergangenen Herbst im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft immer wieder zurückgestellt, weil die Ernährungslage für die Folgezeit nicht so geordnet erschien, daß man schon an die Aufhebung der Ernährungsämter hätte herangehen können. Nachdem aber der Antrag erneut zur Beratung stand, hielt der Ausschuß in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Berichterstatters die Zeit für gekommen, die Ernährungsämter endlich einmal verschwinden zu lassen. Das Volk könne es nicht mehr ertragen, daß die Ämter heute noch weiterbestehen.

Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums hatte gewisse Bedenken im Hinblick auf die Angestellten der Ernährungsämter, von denen doch viele in jahrelanger harter und mühevoller Arbeit eine unangenehme Tätigkeit vollbringen mußten. Er schlug dem Ausschuß vor, für eine Unterbringung dieser Angestellten Sorge zu tragen.

In der Diskussion äußerten sich der Mitberichterstatter wie der Berichterstatter und verschiedene Abgeordnete dahin, daß die Arbeit, die in der kommenden Zeit auf dem Gebiete der Statistik für die Landwirtschaft und für das Anbauproblem noch weiter zu leisten sei, in den Bereich der Landwirtschaftsämter verlagert

(Baumeister [CSU])

werden solle und daß für dieses Aufgabengebiet die Angestellten der Ernährungsämter, die sich dazu eignen, in beschränkter Zahl beim Landwirtschaftsamt Verwendung finden sollen.

Der Ausschuß nahm schließlich einstimmig den vom Mitberichterstatter und Berichterstatter gestellten Antrag an:

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird beauftragt, die Auflösung der Ernährungsämter A bis zum 30. Juni 1950 durchzuführen.

Ich empfehle dem hohen Hause, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke und stelle fest, daß der Antrag (Beilage 3416) angenommen ist.

Auf besonderen Wunsch des Herrn Innenministers rufe ich auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag des Abgeordneten Pfechel betreffend Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit Schwerbeschädigter (Beilage 3527).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pfechel. Ich erteile ihm das Wort.

Pfechel (SPD) [Berichterstatter]: Meine sehr verehrten Kolleginnen, werte Kollegen! Ich darf Sie für folgenden Bericht über die 56. Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten um Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit bitten.

Der Ausschuß hatte sich mit dem Antrag auf Beilage 3459 zu beschäftigen, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit Schwerbeschädigter eine Anordnung zu erlassen, nach der alle Dienststellen des Staates im eigenen Dienstbereich die vermehrte Beschäftigung von Schwerbeschädigten erneut zu überprüfen haben, um

1. das Pflichtsoll der Beschäftigungsquote beschleunigt zu erreichen und
2. darüber hinaus die Verwendungsmöglichkeit Schwerbeschädigter zu erweitern.

Diese Anordnung hat vorzusehen, daß insbesondere die Bedienung von Fernsprechzentralen im Dienstbereich des Staates und der staatlichen Behörden in der Regel fachlich vorgebildeten Blinden vorbehalten ist. In gleicher Weise ist die vermehrte Verwendung von Blinden im Stenotypistenberuf zu fördern.

Ebenso sind für den Pfortner- und Fahrstuhlführerdienst in der Regel geeignete Schwerbeschädigte, insbesondere Ohnhänder zu verwenden.

Die Anordnung ist den kommunalen Behörden und den Körperschaften des öffentlichen Rechts mit der Empfehlung zur gleichen Beachtung zur Kenntnis zu bringen.

Mit diesem Antrag wurde gleichzeitig eine **E i n g a b e** des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen behandelt, die den Fraktionen zugestellt worden war. Der Verband hatte in seiner eingehenden Begründung unter anderem folgende zehn Forderungen aufgestellt: 1. die gesetzliche Pflichtzahl nach § 3 des Gesetzes Nr. 81 restlos zu erfüllen, 2. sofort und dann regelmäßig Betriebsbegehungen auf Grund des § 10 des Schwerbeschädigtengesetzes anzuordnen, 3. notfalls Zwangsverträge gemäß § 7 des Gesetzes von 1923 abzuschließen, 4. einen strengeren Maßstab bei Zustimmung zur Kündigung anzulegen, 5. die Strafbestimmungen des § 7 des Gesetzes Nr. 81 in Verbindung mit § 18 Abs. 2 des Schwerbeschädigtengesetzes uneingeschränkt anzuwenden, 6. zusätzliche Arbeitsplätze bei Staat und Gemeinden zu schaffen, 7. die weitere Entlassung von Schwerbeschädigten bei Behörden durch Umgruppierungen innerhalb der Behörden zu verhindern, 8. die Aufnahme von Schwerbeschädigten im Handwerk durch betriebsgebundene Umschulung und damit die Entlastung des vorhandenen Überangebots in den Angestelltenberufen großzügig zu fördern, 9. alle Doppelverdiener bei Behörden in den Fällen, in denen die Existenz auch ohne den Arbeitsplatz bereits wirtschaftlich gesichert ist, unverzüglich im Austausch gegen Schwerbeschädigte zu entlassen und 10. die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung des Schwerbeschädigtengesetzes beschleunigt durchzuführen.

Ich war zum Berichterstatter bestellt und führte unter anderem folgendes aus: Die Staatsregierung habe dem Problem der Schwerbeschädigten zwar immer wohlwollend gegenübergestanden und dem Ausschuß auch mehrmals zufriedenstellende Statistiken vorgebracht, aber die große Arbeitslosigkeit, die das ganze Wirtschaftsleben erfasst habe, habe auch die Lage der Schwerbeschädigten verschlechtert, so daß dieses Problem erneut aufgegriffen werden mußte.

So notwendig die Rentenversorgung für die Schwer- und Schwerfbeschädigten sei, so sei sie doch nur von untergeordneter Bedeutung. Das Entscheidende sei die Beschaffung von Arbeitsplätzen. In erster Linie tauche die Frage auf, inwieweit der Staat und die Behörden diese Beschäftigung selbst durchführen können, um mit gutem Beispiel voranzugehen und den privaten Unternehmern zu zeigen, daß die Leistungsfähigkeit der Schwerbeschädigten doch höher sei, als allgemein angenommen werde.

Ich habe dann die Kurze Anfrage Nr. 105 auf Beilage 2904 vorgebracht und bemängelt, daß in der Antwort der Regierung auf Beilage 3019 die Meldung des Innenministeriums, dem die Unterbringung der Schwerbeschädigten als Referatsaufgabe zustehe, leider unvollständig sei. Was die Feststellung betreffe, daß die Quote beim Unterrichtsministerium nicht erreicht werden könne, so befänden sich in Bayern noch 82 schwerbeschädigte arbeitslose Lehrer. Wenn auch die politische Belastung dieser 82 Lehrkräfte nicht ermittelt worden sei, so befände sich doch wohl unter ihnen eine erhebliche Zahl, die vom Kultusministerium angestellt werden könnte.

(Peschel [SPD])

Der Berichterstatter stellte sodann dem Ausschuß drei Schwerbeschädigte vor, und zwar einen, dessen beide Unterschenkel amputiert sind, einen Ohnhänder und einen blinden Stenotypisten, die den Ausschußmitgliedern überzeugend zeigten, für welche Arbeitsleistungen sie noch befähigt sind.

Der Mitberichterstatter bat die Staatsregierung zu erwägen, ob sie nicht die von den Schwerbeschädigten gebildeten Siedlungsgenossenschaften weitgehend fördern könne. Er erkannte an, daß das Sozialministerium alles getan habe, was geschehen konnte, und daß es insbesondere durch die Einführung der Betriebsberater einen Erfolg zu verzeichnen habe.

Der Vertreter des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, Ministerialdirektor Dechslé, knüpfte bei seinen Ausführungen an die Feststellung des Berichterstatters an, daß dieser (der Berichterstatter) als erster im Jahre 1918 die Forderung nach einem Beschäftigungszwang erhoben habe. Diese Feststellung werde vom Arbeitsministerium bestätigt. Das Arbeitsministerium habe sich damals ebenfalls mit namhaften Vertretern der Schwerbeschädigten in Verbindung gesetzt, um die zur Lösung oder mindestens zur Milderung des Schwerbeschädigtenproblems notwendigen gesetzlichen Maßnahmen durchzuführen.

Der Regierungsvertreter ging sodann auf die Umstände ein, die daran schuld sind, daß die Beschäftigungsfrage nicht vollkommen gelöst wurde. Schon vor etwa 1½ Jahren habe er in einer öffentlichen Kundgebung erklärt, das Ziel sei, im Laufe des kommenden Jahres 1949 dem letzten Schwerbeschädigten, der arbeitsfähig und zur Arbeit bereit sei, einen Arbeitsplatz zu verschaffen; die Erreichung dieses Zieles könnte allerdings dann verhindert werden, wenn schwere Rückschläge im Wirtschaftsleben die Verfolgung dieser Absicht unterbrechen.

Am 20. Juni 1948 habe man in Bayern 24 000 arbeitslose Schwerbeschädigte gegenüber 19 700 Beschäftigten gezählt, während jetzt, Ende Februar 1950, 9110 beschäftigten Schwerbeschädigten 26 100 arbeitslose Schwerbeschädigte gegenüberstünden. Dieses Ansteigen sei bedingt durch Rückkehr aus Gefangenschaft, Entlassung aus Lazaretten und zum Teil auch durch Entlassungen von Betrieben. Die hohe Zahl von 26 000 stelle ein soziales und auch politisches Problem dar. Die psychologischen Auswirkungen könnten zu einer Radikalisierung der Schwerbeschädigten führen. Abgesehen davon sei es eine absolute moralische Verpflichtung des gesamten Volkes, auch dem letzten arbeitsfähigen Schwerbeschädigten einen Arbeitsplatz zu verschaffen.

Ein bestimmter Prozentsatz der Schwerbeschädigten, etwa 20 bis 25 Prozent, komme für die Eingliederung in den Arbeitsprozeß kaum in Frage. Es verblieben aber immer noch etwa 16 000 bis 18 000 Schwerbeschädigte, die zwar den ernstesten Arbeitswillen hätten, aber auf Grund bestimmter Hemmnisse nicht beschäftigt werden könnten. Die Erhebung vom 1. Oktober 1949 als Stichtag habe ergeben, daß im Bereich des Landesarbeitsamts Südbayern rund 8200 und im Bereich des Landesarbeitsamts Nordbayern rund 8300 Pflichtplätze für Schwerbeschädigte noch nicht besetzt seien. Diese Nichtbesetzung sei darauf zurückzuführen, daß eine

Reihe von Stellen und auch private Unternehmer noch nicht das notwendige Verständnis aufbringen, weil sie sich nicht davon überzeugen lassen, daß Schwerbeschädigte zu finden sind, denen die Eigenart ihrer Verletzung die Ausfüllung eines Arbeitsplatzes durchaus nicht unmöglich macht.

Rechnerisch gesehen ständen die notwendigen Pflichtplätze zur Unterbringung der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Schwerbeschädigten zur Verfügung. Die Zahlen klappten aber auseinander, einmal fachlich, weil der Schwerbeschädigte den gestellten Ansprüchen zum Teil nicht gewachsen sei, vor allem aber auch räumlich, weil der Wohnort und der Arbeitsort gerade bei den Schwerbeschädigten näher beieinanderliegen mußten, als das im allgemeinen an sich schon erwünscht sei.

Die Zahl der zur Verfügung stehenden Pflichtplätze mußte eigentlich wesentlich höher sein. Ein großer Teil von Leuten, die nicht mehr als Schwerbeschädigte anerkannt werden, werde in den Betrieben auf Grund der vorläufigen Bescheide immer noch als Schwerbeschädigte registriert. Diese Leute hätten sich das Gutachten irgendeines Vertrauensarztes beschafft, um bei der Entnazifizierung unter die Verehrtenamnestie zu fallen. Sie müßten von der Arbeitsverwaltung in Verbindung mit der Hauptfürsorgestelle und der Landesversicherungsanstalt mit ihrem Untersuchungsstab noch einmal überprüft werden. An die Arbeitsämter seien bereits Anweisungen ergangen.

Der Berichterstatter, so führte der Regierungsvertreter weiter aus, habe mit Recht die Zahlen bemängelt, die das Arbeitsministerium in seiner Antwort auf Beilage 3019 dem Landtag vorgelegt habe. Inzwischen seien von allen Verwaltungen die einwandfreien Zahlen eingegangen. Danach seien Schwerbeschädigte beschäftigt im Bereich des Arbeitsministeriums 16,8 Prozent, des Wirtschaftsministeriums 5,6 Prozent, des Finanzministeriums 14 Prozent, der Staatskanzlei 13,4 Prozent, des Justizministeriums 12,8 Prozent und des Sonderministeriums 10,9 Prozent. Manche Dienststellen beschäftigten bis zu 25 und 28 Prozent Schwerbeschädigte, ohne daß dadurch ihre Arbeitsleistung zurückgegangen wäre. Das Landwirtschaftsministerium beschäftige nur 8,8 Prozent, weil sich ein großer Teil der im Bereich dieses Ministeriums zu erfüllenden Aufgaben für Schwerbeschädigte kaum eigne. Im Bereich des Verkehrsministeriums, ausschließlich der Bundesbahn, betrage die Prozentzahl 8,5. Beim Innenministerium, das bei über 30 700 Beschäftigten nur 7,2 Prozent aufzuweisen habe, sei es wohl notwendig, durch einen Beschluß des Ausschusses oder des Plenums einen verstärkten Druck auf die säumigen Verwaltungen auszuüben. Das Schmerzenskind sei aber das Kultusministerium mit 5,9 Prozent bei einer Beschäftigtenzahl von 42 769. Damit stehe es weit hinter dem Einstellungsoll zurück. Davon seien aber 25 000 Lehrkräfte; es sei wohl einzusehen, daß das Kultusministerium nicht jeden Schwerbeschädigten als Lehrer anstellen könne. Die Arbeitsämter hätten nun auf seine (des Redners) Anweisung festgestellt, daß noch 123 schwerbeschädigte Lehrkräfte arbeitslos seien, in welcher Zahl wohl die vom Berichterstatter angeführten 82 enthalten sein dürften. Die Anstellung dieser Lehrkräfte würde den Prozentsatz des Kultusministeriums aber nur um 0,4 Prozent erhöhen. Die 10-Prozent-Quote lasse sich so

(Beschl. [S. 10])

lange nicht erreichen, als man nicht Schwerbeschädigte systematisch allmählich zu Lehrern ausbilde, vor allem die aus akademischen Berufen kommenden. Ob bei den restlichen Beschäftigten der Kultus- und Unterrichtsverwaltung der noch fehlende Prozentsatz, ungefähr 1600 Personen, untergebracht werden könne, vermöge der Redner mangels Kenntnis der Verhältnisse nicht zu beurteilen; bei ernstlichem Willen müßte es aber wenigstens zum Teil möglich sein. Insofern sei der gestellte Antrag sehr nützlich.

In der privaten Wirtschaft stünden, wie gesagt, 16 000 Pflichtplätze zur Verfügung. Die technischen Betriebsberater seien unterwegs. Gemeinsam mit dem Verband der Kriegsbeschädigten würden auch Betriebsbegehungen durchgeführt, weil sich durch gemeinsame Beratung aller Beteiligten recht gute Ergebnisse erzielen lassen. Auch von dieser Seite her erwarte man eine gewisse Entspannung der Lage. Bei den Betrieben, die sich seit Monaten oder Jahren weigern, Schwerbeschädigte einzustellen, werde man von der Möglichkeit des Abschlusses eines Zwangsarbeitsvertrages Gebrauch machen müssen; bisher habe man davon mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Wirtschaft abgesehen. Auch die Frage der Ablösung werde man stärker forcieren und man werde vor allem auch nicht vor einer Strafanzeige zurückschrecken, wenn es sich um besonders böswillige Verstöße handle.

Diese Strafvorschriften und auch die Ablösungsparagraphen richteten sich gegen die private Wirtschaft. Der Redner habe damals beim Länderrat in Stuttgart dafür gekämpft, für die öffentliche Verwaltung keine Ausnahme zuzulassen. Die meisten Beteiligten hätten aber davon abgeraten; denn die parlamentarisch kontrollierte öffentliche Verwaltung und auch die Gemeindeverwaltung müsse bei Funktionieren der Demokratie von sich aus in der Lage sein, die Gesetze zu erfüllen; wie sollte sie sonst das Volk beachten! Aus diesem Grund sei auf die Einbeziehung der öffentlichen Verwaltung in die Strafvorschriften verzichtet worden.

Auf dem Gebiet der kommunalen Verwaltung sei es so, daß einige größere Gemeinden noch Schwierigkeiten bereiteten. Ein sehr großer Stadtkreis habe noch vor einem Jahr 170 bis 180 offene Pflichtplätze gehabt; es sei dem Ministerium inzwischen gelungen, sie auf 80 herabzudrücken. Mit Rücksicht auf die Auflösung der Ernährungsämter, in denen sehr viele Schwerbeschädigte beschäftigt waren, und auf den allgemeinen Beamten- und Angestelltenabbau werde es immer schwieriger, in den verbleibenden Rest die noch außenstehenden Schwerbeschädigten hereinzubringen.

Der Regierungsvertreter bezog sich auf den Bericht eines Sachbearbeiters zur Unterbringung Schwerbeschädigter in Augsburg, der durchaus mit der Auffassung des Arbeitsministeriums übereinstimme und die gleichen Grundsätze verlange, wie sie in den Anträgen niedergelegt worden seien, und faßte dann die beabsichtigten Maßnahmen folgendermaßen zusammen: Das Ministerium werde erstens mit verstärktem Nachdruck und unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel auf die Besetzung der gesetzlichen Pflichtplätze drängen. Zweitens habe es regelmäßige Betriebsbegehungen auf Grund des § 10 des Schwerbeschädigtengesetzes ange-

ordnet. Solche Begehungen, für die überwiegend größere Betriebe in Betracht kommen, würden gemeinsam mit Vertretern des Verbandes der Schwerbeschädigten und Vertretern der Wirtschaft und Industrie durchgeführt. Drittens würden nötigenfalls Zwangsverträge gemäß § 7 des Gesetzes abgeschlossen. Viertens werde künftig bei der Zustimmung zu Kündigungen ein noch strengerer Maßstab angelegt werden. Fünftens verlange man eine uneingeschränkte Anwendung der Strafbestimmungen nach § 7. Der Regierungsvertreter erläuterte dann noch die übrigen Forderungen, die vom Verband der Kriegsbeschädigten aufgestellt worden sind. Es sei Aufgabe des Ausschusses, sich einmal besonders mit dem Problem des Doppelverdienstums zu beschäftigen und diese schwierige Frage, die bisher wiederholt zu lösen versucht wurde, aber nicht gelöst werden konnte, doch irgendeiner Regelung, die im Interesse der Allgemeinheit erforderlich sei, zuzuführen. Bayern werde auf die größte Beschleunigung drängen. Mit dem Erlaß eines einheitlichen, klaren und ausreichenden Schwerbeschädigtengesetzes ergäben sich ganz andere Möglichkeiten, den arbeitslosen Schwerbeschädigten zu helfen.

Der Abgeordnete **R u n a t h** schlug vor, auf Grund der Ausführungen der beiden Berichterstatter und des Regierungsvertreters den gestellten Anträgen ohne Debatte zuzustimmen.

Der Regierungsvertreter Regierungsrat Dr. **R ö h r i g** nahm dann in gleicher Weise wie Ministerialdirektor **Dehse** Stellung und bestätigte die Auffassungen, die in dem Antrag und in der Eingabe zum Ausdruck kommen.

Der **A u s s c h u ß** kam schließlich zu dem Beschluß, ohne weitere Debatte sowohl dem Antrag auf Beilage 3459 die einstimmige Zustimmung zu erteilen wie auch die **E i n g a b e** des Verbandes der Kriegsbeschädigten der Staatsregierung zur Berücksichtigung hinüberzugeben.

Ich darf Sie, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, bitten, diesen Beschluß in gleicher Weise debattelos und einstimmig zu bestätigen. Sie geben dadurch dem großen Kreis der Schwerbeschädigten und ihren Familien wieder eine Hoffnung für die Zukunft und dienen damit gleichermaßen dem ganzen bayerischen Volk. Im besonderen darf ich aber noch die Bitte aussprechen, daß in erster Linie die staatlichen Behörden daran gehen möchten, ihre Aufgabe hinsichtlich der Beschäftigung der Schwerbeschädigten zu erfüllen und mit gutem Beispiel bei der Durchführung dessen voranzugehen, was auch von der privaten Wirtschaft verlangt werden muß.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort hat sich Herr Staatsminister Dr. **Hundhammer** gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Hohes Haus! Die Zahlen, die in Details ohne einen Kommentar wiedergegeben worden sind, können da und dort einen falschen Eindruck erwecken. Deswegen erscheint es sowohl mir für meinen Sektor als auch dem Herrn Staatsminister des Innern für den seinen notwendig, einige ergänzende Feststellungen zu treffen.

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

Dem Kultusminister unterstehen insgesamt 42 000 Personen. Der Berichterstatter hat erwähnt, daß sich darunter 25 000 Lehrkräfte befinden. Diese Zahl umfaßt nicht den gesamten Bereich der Lehrkräfte. In Wirklichkeit unterstehen dem Kultusminister einschließlich des höheren Schulwesens und der Universitäten weit über 30 000 Lehrkräfte. Von diesen Lehrkräften sind weit über die Hälfte Frauen. Das muß berücksichtigt werden. Bei den männlichen Lehrkräften aber ist nach den Feststellungen, die der Herr Berichterstatter selbst getroffen hat, nur noch ein Kreis von etwas über 100 Schwerbeschädigten ohne Anstellung. Das sind nicht einmal 0,1 Prozent der Gesamtziffer. Diese 100 Lehrkräfte sind schwerbeschädigt, aber sie fallen gleichzeitig zum großen Teil unter Kategorien, deren Anstellung im Schuldienst nicht möglich ist, zum Teil wegen der politischen Belastung, die auch bei einzelnen dieser Schwerbeschädigten gegeben ist, und zum Teil insbesondere auch deswegen, weil wir in der Schule nicht ohne weiteres die Schwerbeschädigten-Amnestie für die Wiederverwendung hinnehmen können. Wir können nicht allein deswegen, weil jemand als Schwerbeschädigter unter eine Amnestie fällt, ihn wieder im Schuldienst verwenden. Ich glaube, da wird auch der Herr Abgeordnete Peschel mit mir einig gehen. Es muß hier schon die tatsächliche Belastung berücksichtigt werden, auch wenn man bei einem Schwerbeschädigten ein großzügigeres Entgegenkommen zeigen und einen großzügigeren Maßstab anlegen wird als bei einem Gesunden. Ich möchte also feststellen, daß im Kultussektor die mit der entsprechenden fachlichen Vorbildung in Betracht kommenden Schwerbeschädigten bis auf einen verschwindend kleinen Rest tatsächlich verwendet sind und daß die Verwendung dieses Restes im Schuldienst bis auf einzelne Ausnahmefälle wegen der politischen Belastung nicht mehr möglich sein wird. Ausnahmefälle aber sollen noch bereinigt werden.

Als zweiter Gesichtspunkt muß im Schulsektor in Betracht gezogen werden, daß die Notwendigkeit der schulischen Vorbildung und Fachbildung ein Hemmnis für die Hereinnahme von solchen Schwerbeschädigten bildet, die bisher noch nicht im Schulsektor tätig waren. Es ist nicht ohne weiteres möglich, Schwerbeschädigte einfach auf den Lehrberuf in dem großen Umfang umzustellen, wie es sich vielleicht bei Büroverwendung oder irgendwelchen anderen Tätigkeiten durchführen läßt.

Der dritte Gesichtspunkt, der zu beachten ist, ist der, daß bei Schwerbeschädigten im Unterricht auch deswegen ein Hemmnis besteht, weil der Unterricht eine besonders starke Inanspruchnahme des Lehrers sowohl nach der körperlichen wie auch nach der geistigen Seite hin bedeutet. Es ist falsch, etwa zu meinen, daß Schulhalten eine leichte Arbeit sei. Wer selbst 3 oder 4 Stunden hintereinander Unterricht erteilt hat — wir wollen sehr hohe Anforderungen an den Lehrberuf stellen — weiß, daß auch gesundheitlich starke Leistungen hierfür die Voraussetzung bilden.

In seinem engeren Bereich aber, in der Verwaltung, ist das Kultusministerium bereit, Schwerbeschädigte weitgehend zu verwenden. Das kommt klar darin zum Ausdruck, daß wir im Ministerium selbst

über 26 Prozent männliche Kräfte haben, die als Schwerbeschädigte anerkannt sind. Wenn man Männer und Frauen zusammennimmt, dann sind es etwas über 16 Prozent. Das, glaube ich, ist der klare Beweis dafür, daß der Kultusminister hier weitgehend Rücksicht nimmt.

Die Frage des Doppelverdienstes, die auch angeschnitten wurde, ist deswegen ein schwieriges Problem, weil sich bei jeder Entlassung von verheirateten Frauen alle möglichen Stellen in Bewegung setzen, um diese Entlassungen zu verhindern, und wir dann immer zwischen den verschiedenen sozialpolitischen Problemen durchsteuern müssen. Trotzdem ist — sogar aus Klagen, die anhängig gemacht wurden — bekannt, daß der Kultusminister den Standpunkt vertritt: Es sollen nicht Mann und Frau gleichzeitig in einer Familie verdienen, wenn anderwärts der Vater überhaupt keinen Verdienst hat.

Gegen die Kündigung der weiblichen Lehrkräfte und gegen deren Entfernung aus dem Dienstverhältnis wird auch im Landtag nachdrücklich mit Gründen, die nicht ganz von der Hand zu weisen sind, Sturm gelaufen. Auch diese Schwierigkeit ist zu berücksichtigen.

Ich habe es für notwendig gehalten, auf diese Umstände hinzuweisen, um nicht etwa in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen zu lassen, daß auf dem Sektor des Kultusministeriums keine Aufgeschlossenheit bestünde, Schwerbeschädigte so zu bevorzugen, wie sie es verdienen, und ihnen Brot und Stellung zu geben, wie es zu Recht gefordert wird.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Staatsminister des Innern Dr. Anfermüller das Wort.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Mit Recht hat der Herr Abgeordnete Peschel in seiner Berichterstattung darauf hingewiesen, daß in der gesamten inneren Verwaltung die Schlüsselzahl für die Beschäftigung von Schwerbeschädigten nicht erreicht werden konnte, daß dort also nicht mindestens 10 Prozent Schwerbeschädigte, sondern nur etwa 7,2 Prozent beschäftigt sind. Darin liegt aber nicht eine Schuld der inneren Verwaltung, des Ministeriums oder des Ministers persönlich, sondern das ist durch die Struktur der inneren Verwaltung bedingt. Die staatliche innere Verwaltung beschäftigt rund 30 000 Personen (Beamte, Angestellte und Arbeiter). Unter diesen 30 000 Personen nimmt der staatliche Polizeisektor rund 12 000 Personen für sich in Anspruch. Im Bausektor sind etwa 10 000 Personen beschäftigt, darunter 7000 bis 8000 Arbeiter, die an den Straßen- und Flußbauämtern beschäftigt sind beziehungsweise dort nicht einmal ständig beschäftigt sind, sondern periodenweise des öfteren wechseln. Es ist deswegen verständlich, daß, wenn in einer Gesamtverwaltung von 30 000 Personen etwa 20 000 schon nicht zu den Gebieten gehören, wo man Schwer- oder Schwerstbeschädigte bevorzugt einsetzen kann, der Gesamtschlüssel dann unbedingt herabgedrückt wird.

Im übrigen ist aber in der inneren Verwaltung dort, wo die Möglichkeit dazu besteht, der Schlüssel von 10 Prozent nicht nur erreicht, sondern

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

wesentlich überschritten. Im Innenministerium selbst beträgt die Zahl der beschäftigten Schwerbeschädigten 15 Prozent, bei den Regierungen zwischen 11 und 15 Prozent und bei den Landratsämtern durchschnittlich 15 Prozent. Sie sehen daraus, daß die innere Verwaltung ihrerseits in dieser Beziehung alles getan hat. Ich möchte nochmals betonen: Wenn eben ein großer Prozentsatz von Aufgaben zu lösen sind, bei denen man wie bei der Polizei und bei den Straßenarbeiten Schwerbeschädigte so gut wie nicht oder nur wenig beschäftigen kann, und wenn dadurch der Schlüssel gedrückt wird, so kann daraus nicht ein negativer Schluß gezogen werden.

Ich bitte mir zu gestatten, dem noch etwas Allgemeines hinzuzusetzen. Ich habe nicht nur bei allen Dienstbesprechungen im Ministerium, sondern auch bei den Regierungen draußen in den Besprechungen mit den Landräten und Oberbürgermeistern immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß zugunsten der Kriegsoffer und der Schwerbeschädigten alles getan werden muß. Im Augenblick lasse ich wiederum eine Weisung ausarbeiten, die dieses Verlangen noch einmal schriftlich untermauert. Ich werde mich weiter, wie schon bisher, auch neuerdings wieder an die Selbstverwaltungsbehörden wenden; aber Sie wissen ja, daß die Selbstverwaltungsbehörden vom Innenministerium nicht so beeinflusst und gezwungen werden können, wie es vielleicht hier erforderlich wäre. Im Ministerium selbst werden wir eine Telephonzentrale umbauen, um nochmals zusätzlich einen Blinden mit im Telephondienst beschäftigen zu können. Darüber hinaus haben, glaube ich, das Innenministerium und ich persönlich gezeigt, daß wir uns gerade in der Fürsorge zugunsten der Schwerbeschädigten stark einsetzen. Ich kann darauf hinweisen, daß es eine meiner ersten Aufgaben als Landrat war — und zwar in zwei Landkreisen, in denen ich tätig sein konnte —, die Kriegsbeschädigten einzusetzen. Ich bin hier in Bayern dafür eingetreten, daß die Renten nicht auf die Fürsorge angerechnet werden sollten; leider konnte das nicht erreicht werden, weil die Befugungsmacht hierin eine andere Meinung vertritt. Bayern hat, vertreten durch mich, im Bundesrat das Verlangen gestellt, die Renten vor allem der Kriegsoffer nicht auf die Fürsorge anzurechnen; leider stand Bayern im Bundesrat damals allein. Ich möchte hier auch folgendes hervorheben: Wir haben in Bayern zugunsten einer besonderen Gruppe von Kriegsoffern, nämlich zugunsten der Heimkehrer, eine Leistung vollbracht, die die Leistung aller anderen Bundesländer wesentlich übersteigt. In Bayern wird beispielsweise — das ist Sache des Arbeitsministeriums, ich weise in diesem Zusammenhang nur darauf hin — ein Heimkehrergeld von 150 Mark gezahlt, während in anderen Ländern diese Zuwendung nur etwa 50 Mark beträgt. Bayern hat auch hier im Bundesrat, unterstützt nur von einem der 11 Bundesländer, durch das Arbeitsministerium den Antrag gestellt, auf Bundesebene den bayerischen Satz von rund 150 Mark und nicht, wie vorgesehen war, von nur 50 Mark zu genehmigen. Leider haben auch hier die anderen Länder Bayern nicht in der nötigen Zahl unterstützt.

Ich kann auf Grund dieser Feststellungen abschließend sagen: Wenn man glaubte, auf diesem Gebiet

irgendwelche Vorwürfe gegen die innere Verwaltung Bayerns erheben zu können, so habe ich nachgewiesen, daß sie nicht nur nicht begründet sind, sondern daß alles Notwendige getan wurde. Ich kann darüber hinaus erklären, daß es meine vornehmste Pflicht sein wird, mich zugunsten der Schwerbeschädigten wie bisher auch künftig stark einzusetzen.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

(Beschel: Ich bin gerade auf dem Weg zum Rednerpult gewesen. Wenn Sie Umschau gehalten hätten, Herr Präsident, hätten Sie mich gesehen! Das wird von klugen Präsidenten häufig benützt — —)

— Keine Auseinandersetzung! Ich glaube, das Haus ist damit einverstanden, wenn Herr Abgeordneter Beschel noch einmal das Wort ergreift. —

Beschel (SPD): Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich halte mich nur für verpflichtet, im Namen des Sozialpolitischen Ausschusses den Herren Staatsministern herzlich dafür zu danken, daß sie zu diesem Problem so ernst gesprochen haben. Daraus dürfte zu entnehmen sein, daß die Aufgaben auch erfüllt werden.

Was hier vorgetragen wurde, ist nicht von Ausschußmitgliedern, sondern von der Staatsregierung statistisch erfaßt worden; der Vertreter der Staatsregierung hat uns das Material übergeben. Es handelt sich also um Zahlen, die wir übernommen haben und die wir wohl als authentisch ansehen können.

Ich darf Sie aber doch noch einmal darauf verweisen, daß in dem Antrag, der Ihrer Beschlußfassung unterliegt, ja nichts anderes verlangt wird, als daß die Staatsregierung erneut eine Überprüfung veranlassen soll, um das Pflichtsoll der Beschäftigungsquote beschleunigt zu erreichen. Diese Notwendigkeit ist sowohl vom Herrn Staatsminister Dr. Hundhammer wie auch vom Herrn Staatsminister Dr. Anfermüller anerkannt worden. Im allgemeinen ist freilich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mit dem Wohlwollen allein natürlich nicht viel getan. Wenn das Wohlwollen „vitaminreicher“ wäre, könnte man schon mehr damit anfangen; aber so geht es noch nicht. Ich habe am Eingang meiner Berichterstattung auch schon darauf hingewiesen, daß die Staatsregierung nach unserer Überzeugung bisher das Problem mit großem Interesse zu lösen versucht hat. Wir haben ja nur die Aufgabe, immer wieder hervorzuheben, was noch getan werden könnte. Deswegen haben wir im Sozialpolitischen Ausschuß auch mit so außerordentlich großem Interesse davon Kenntnis genommen, zu welchen Arbeitsleistungen Schwerbeschädigte noch befähigt sind. Wer von Ihnen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Interesse daran hat, einen blinden Telephonisten an der Arbeit zu sehen, braucht nur über das „Wasser“ hinüberzugehen, das heißt hier in München über die Isar hinüber, in die Widenmayerstraße Nr. 3. Dort kann er einen blinden Telephonisten bei seiner Tätigkeit beobachten. Es sind nicht nur die besten Erfahrungen mit blinden Telephonisten, sondern auch mit blinden Steotyp-

(Peschel [SPD])

pisten gemacht worden. Ich darf Sie bitten, selbst in Ihrem Kreise danach zu trachten, wo es nur möglich ist, alles zu tun, damit dem großen Kreis der Schwerbeschädigten endlich das bittere Gefühl genommen wird, daß man für sie anscheinend nichts übrig habe.

Ich danke deshalb den beiden Herren Staatsministern ganz besonders, weil ich aus ihren Ausführungen entnehmen kann, daß die gesamte Staatsregierung in Zukunft ihr Augenmerk noch mehr, als es bisher schon der Fall war, auf die Unterbringung der Schwerbeschädigten lenken wird.

(Allgemeiner Beifall.)

I. Vizepräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Sie haben den Antrag des Ausschusses (Beilage 3527) gehört.

Wer für den Antrag des Ausschusses ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke und stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Dr. Baumgartner, Scharf und Allwein betreffend Weiterverwendung der anlässlich des Abbaues der Ernährungsämter A zur Entlassung kommenden Angestellten im öffentlichen Dienst (Beilagen 3340, 3417).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Maag. Ich erteile ihm das Wort.

Maag (SPD) [Berichterstatter]: Im Anschluß an die Debatte über die Auflösung der Ernährungsämter hat sich der Landwirtschaftsausschuß am 23. Februar 1950 auch mit diesem Antrag beschäftigt. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die im Zuge des Abbaues der Ernährungsämter A zur Entlassung kommenden Angestellten mit einer Dienstzeit von mindestens drei Jahren

1. für eine Verwendung in anderen, ihrer beruflichen Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechenden Aufgabengebieten des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bevorzugt zu berücksichtigen sind,
2. nach Möglichkeit auch bei anderen staatlichen und kommunalen Stellen untergebracht werden.

Berichterstatter war der Abgeordnete Weiglein, Mitberichterstatter meine Wenigkeit.

Der Mitberichterstatter erinnerte an die am Vormittag geführte Aussprache über die Auflösung der Ernährungsämter A und stellte fest, daß der vorliegende Antrag keinen Zwang zur Anstellung beinhaltet. Es müsse außerdem noch abgewartet werden, was die Bonner Gesetzgebung auf diesem Gebiet bringe.

Der Berichterstatter lehnte den Antrag ab, da er keine bevorzugte neue Kategorie von Anstellungs-

berechtigten wünsche. Der Minister und der Staatssekretär hätten erklärt, daß sie um die Unterbringung der Angestellten bemüht seien. Ihm gehe ein Einstellungszwang auf Grund eines Landtagsbeschlusses zu weit.

Der Abgeordnete Scharf als Antragsteller hatte geglaubt, sich eine Begründung des Antrags ersparen zu können. Der Staatsminister habe bereits seinen untergeordneten Dienststellen im Sinne des Antrags Anweisung erteilt, die Anweisung sei aber nicht entsprechend befolgt worden. Deshalb solle sie durch einen Landtagsbeschluß untermauert werden. Es handle sich dabei nicht um die Schaffung neuer Stellen, sondern um die Befetzung offener Stellen. Die Arbeitgeber hätten eine moralische Verpflichtung, die Angestellten zu übernehmen.

Der Ausschuß beschloß gegen zwei Stimmen, in Abs. 1 das Wort „bevorzugt“ zu streichen. Im übrigen wurde der Antrag mit 12 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Ich empfehle dem hohen Hause, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 3417) ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Brunner betreffend Bestellung von Beiräten bei den verschiedenen Staatsgütern (Beilagen 2977, 3418).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Nagengast. Ich erteile ihm das Wort.

Nagengast (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bei der am 23. Februar 1950 erfolgten Beratung des auf Beilage 2977 abgedruckten Antrags Brunner, zur besseren Verbindung zwischen dem Bayerischen Landtag und den verschiedenen Staatsgütern bei jedem Staatsgut ein Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft als Beirat zu bestellen, führte der Regierungsvertreter aus, daß es nicht nur Staatsgüter gebe, die dem Landwirtschaftsministerium unterstehen. Zwei solcher Güter verwalte auch das Finanzministerium und je eines das Justizministerium und das Kultusministerium. Um in die technische Leitung aller Güter eine weitgehende und zweckmäßige Einheitlichkeit zu bringen, sei bereits 1947 eine Arbeitsgemeinschaft der Staatsgutbetriebe gegründet worden. In dieser Arbeitsgemeinschaft solle dauernd der neueste Stand der technischen Entwicklung in der Landwirtschaft besprochen werden. Beschlüsse, die eine Durchführungsverpflichtung enthielten, seien von der Arbeitsgemeinschaft nicht zu fassen. Es wäre zweckmäßig, wenn der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft zwei Mitglieder in diese Arbeitsgemeinschaft abordnen würde.

Berichterstatter und Mitberichterstatter legten dar, daß Abgeordnete in ihrer Eigenschaft als Beiratsmitglieder in die Exekutive nicht eingreifen

(Tagengast [CSU])

könnten. Es sei aber notwendig, daß die Abgeordneten die Sorgen und Nöte der einzelnen Güter kennen lernen, um ihre Kenntnis in der Legislative zu bewerten. Verschiedene Besichtigungen hätten gezeigt, daß auf einzelnen Staatsgütern manches im argen liege, und diese Tatsache gebe dem zur Beratung stehenden Antrag eine gewisse Berechtigung.

Ein Ausschußmitglied hielt es für zweckmäßig, einige Abgeordnete in die genannte Arbeitsgemeinschaft zu entsenden.

Der Ausschuß nahm dann den Antrag auf Beilage 2977 in folgender Fassung an:

Um eine bessere Verbindung zwischen dem Bayerischen Landtag und den verschiedenen Staatsgütern herzustellen, werden zwei Mitglieder des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft in die Arbeitsgemeinschaft der Staatsgüter delegiert.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Ausschußbeschuß zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 3418) ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag des Abgeordneten Guerl betreffend Umstellung des Haushaltsjahres auf das Kalenderjahr (Beilage 3523).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Wuzlhofer; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Wuzlhofer (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat sich in seiner 155. Sitzung am 15. März 1950 mit dem Antrag Guerl (Beilage 2921) befaßt, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Haushaltsjahr des bayerischen Staates beginnt ab 1950 am 1. Januar und endigt am 31. Dezember.

Der Vertreter des Finanzministeriums führte dazu aus, diese Frage sei schon wiederholt geprüft worden. Namentlich von Seiten der Gemeinden habe man einer Verlegung des Haushaltsjahres das Wort geredet. Sowohl für als auch wider eine Verlegung des Haushaltsjahres sprächen eine Reihe von Gründen. Jedoch seien die gegen eine Verlegung sprechenden technischen Gründe derart gewichtig, daß es das Finanzministerium für völlig ausgeschlossen halte, daß Bayern allein eine solche Verlegung vornehmen könne.

Abgeordneter Zietsch wies noch darauf hin, daß die Steuereingänge gerade in den Monaten Februar und März die größte Höhe erreichten. Dies hänge damit zusammen, daß das Haushaltsjahr der Privatwirtschaft am 31. Dezember schließt und zu diesem Zeitpunkt die allgemeinen Bilanzen erstellt werden. Der Staat habe

dadurch den Vorteil, daß die Steuereingänge noch im alten Rechnungsjahr verrechnet werden können.

Der Ausschuß kam zu dem Beschluß, den Antrag Guerl abzulehnen. Damit sind auch die Eingaben des Bayerischen Städteverbandes, sowie des Verbandes der Landgemeinden Bayerns auf Umstellung des Haushaltsjahres auf das Kalenderjahr als erledigt zu betrachten.

Ich bitte das hohe Haus, dem Beschluß des Ausschusses auf Ablehnung des Antrags Guerl beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 3523) ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Sitz des Bundesgerichtshofes (Beilage 3516).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Zietsch; ich erteile ihm das Wort.

Zietsch (SPD) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich in seiner 135. Sitzung mit dem Antrag des Abgeordneten Dr. Hoegner und Fraktion betreffend Sitz des Bundesgerichtshofs beschäftigt. Berichterstatter war Abgeordneter Zietsch, Mitberichterstatter der Abgeordnete Zillibiller.

Der Vorsitzende gab zu Beginn der Sitzung den Antrag bekannt, der folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, beim Bund dahin zu wirken, daß Bamberg der Sitz des Bundesgerichtshofs wird.

Der Vorsitzende fügte hinzu, die Angelegenheit eile, da die Entscheidung in Bonn wohl vor dem 1. April falle und unsere Vollversammlung noch dazu Stellung nehmen müsse.

Der Berichterstatter führte aus, der Antrag spreche für sich selbst. Die Antragsteller seien von der Erwägung ausgegangen, daß Bayern bestrebt sein müsse, mehr Bundesbehörden nach Bayern zu bekommen. Er empfehle daher die einstimmige Annahme des Antrags.

Der Vorsitzende wies auf die allgemeine Klage hin, daß zu wenig Bundesbehörden nach Bayern kämen. Hier biete sich eine besondere Gelegenheit. Bamberg sei in der Rechtsgeschichte als Entstehungsort der Carolina und als Sitz eines bedeutenden Gerichts berühmt.

Der Mitberichterstatter erklärte sich mit dem Antrag ebenfalls einverstanden und fügte hinzu, man werde versuchen müssen, eine ähnliche Zahl von Bundesbehörden nach Bayern zu bringen, wie man Bayern in die Bundesregierung gebracht habe. Der Hauptförsprecher des Antrags werde wohl der Bundesjustizminister selbst sein.

Der Antrag wurde daraufhin ohne Aussprache einstimmig angenommen. Das hohe Haus wird gebeten, dem Ausschußbeschuß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Bericht-
erstatter. — Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 3516)
ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. —
Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.
Ich rufe auf:

**Antrag des Abgeordneten Dr. Stang betreffend
Verwendung des von der Besatzungsmacht frei-
gegebenen Fliegerhorsts Kaufbeuren für wirtschaft-
liche und gemeinnützige Zwecke.**

Es liegt dem hohen Hause folgender Antrag vor:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, raschestens
Schritte zu unternehmen, die zum Ziele haben,
daß der nunmehr von der amerikanischen Be-
satzungsmacht freigegebene Fliegerhorst in Kauf-
beuren baldigst für wirtschaftliche und gemein-
nützige Zwecke, insbesondere für die Ansiedlung
neuer Industrien im Hinblick auf die im Stadt-
und Landkreis herrschende große Arbeitslosigkeit
Verwendung findet und dabei Stadt- und Land-
kreis, die seinerzeit Grundstücke für die Anlage
des Fliegerhorstes abgegeben haben, anteilmäßig
berücksichtigt werden.

— Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Wer für den Antrag ist, behalte Platz, wer dagegen
ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zu-
stimmung fest.

Ich rufe auf:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Besol-
dungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Witom
und Genossen betreffend Vorlage eines neuen Pen-
sionsgesetzes (Beilage 3519).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Wuhl-
hofer; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Wuhlhofer (CSU) [Berichterstatter]:
Hohes Haus! Dem Besoldungsausschuß lag in seiner
27. Sitzung der Antrag Witom und Fraktion vor, wo-
nach die Staatsregierung ersucht wird, beschleunigt ein
neues Pensionsgesetz vorzulegen zum Zweck einer Neu-
regelung der Pensionsbezüge unter gleichmäßiger Be-
rücksichtigung aller Anspruchsberechtigten, also auch der
Flüchtlinge.

Ministerialdirigent Kallenbach bezeichnete den
Antrag als überholt. Der Landtag habe am 8. Februar
1950 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Zuwen-
dungsgesetzes angenommen; zusammen mit diesem Ge-
setzentwurf wäre auch dieser Antrag zu behandeln ge-
wesen.

Die Sorge, daß Bayern seine bisherigen Zahlungen
auf Grund der Zuwendungsbestimmungen mit Ablauf
dieses Monats einstellen werde, entbehre jeder Begrün-
dung. Bayern werde nach seiner Gesetzgebung wie die
anderen Länder auch weiterzahlen.

Der Abgeordnete Dietl unterstützte den Antrag,
der die Vorlage eines Pensionsgesetzes überhaupt ver-
lange, nicht nur eine Regelung der Verhältnisse der
Flüchtlingsbeamten.

Der Abgeordnete Dr. Hille führte aus, die Erste
und die Zweite Verordnung zur Sicherung der Wäh-

rung und der öffentlichen Finanzen hätten sehr tief in
die wohlverworbenen Rechte der Beamten eingegriffen,
wobei auch die Vollmachten der Besatzungsmacht nach
§ 37 des Umstellungsgesetzes weit überschritten worden
seien. Als solche Eingriffe bezeichnete Dr. Hille vor
allem jene Bestimmungen, auf Grund deren die End-
pension erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt er-
diene ist und nach denen die Höchstpension selbst gekürzt
wird. Ein anderer Eingriff und ein Novum in der Ge-
schichte des Besoldungsrechts sei die Vorschrift der ersten
Währungsverordnung, daß auf Lebenszeit ernannte
Beamte erst dann einen Versorgungsanspruch erhalten,
wenn sie fünf Jahre im öffentlichen Dienst Bayerns
tätig gewesen sind. Als dritten Einwand brachte Abge-
ordneter Dr. Hille den Hinweis auf die Ministerpen-
sionen, die man rückwirkend ab 1946 gekürzt habe.
Dr. Hille erklärte: Wenn ein Beamter ein Ministeramt
angenommen habe, habe er damit sämtliche Rechte aus
seinem Beamtenverhältnis verloren und habe sie erst
durch eine etwaige Wiedereinstellung zurückgewinnen
können. Nach seiner Auffassung seien die Minister über-
haupt keine Beamten, und eine Vollmacht sei durch das
Umstellungsgesetz daher nicht erteilt worden.

Der Berichterstatter schlug vor, in diesem
Zusammenhang auch die Eingabe Nr. 11 096 zu be-
handeln.

Der Vorsitzende gliederte den Antrag in zwei
Teile; er bezwecke einmal die Vorlage eines neuen
Pensionsgesetzes und zweitens eine Gleichstellung der
Flüchtlingsbeamten mit den einheimischen. Was die
erste Frage betreffe, so liege bereits ein ausgearbeiteter
Referentenentwurf vor, in den allerdings die Bestim-
mungen der ersten und zweiten Währungsverordnung
eingearbeitet seien. Jedenfalls könne man aber mit
dem jetzt bestehenden Beamtengesetz nicht mehr aus-
kommen, mindestens müßten verschiedene Bestimmun-
gen geändert werden. Für den zweiten Teil des An-
trags spiele die Zuständigkeitsfrage eine Rolle. Bayern
werde aber auf jeden Fall den Flüchtlingsbeamten erst
dann dieselben Rechte wie den einheimischen einräumen
können, wenn Vereinbarungen mit dem Bund über den
Finanzausgleich die finanziellen Grundlagen geschaffen
hätten.

Der Mitberichterstatter war der Ansicht,
daß die Annahme des Antrags die Regierung ver-
anlassen würde, in die einzelnen widersprechenden Be-
stimmungen durch ein einheitliches Gesetz Ordnung zu
bringen.

Ministerialdirigent Kallenbach stellte nach dem
Ergebnis der Diskussion fest, daß demnach zwei Teile
des Antrags zu unterscheiden seien. Der zweite Teil, der
die Flüchtlinge betreffe, sei durch die staatsrechtliche
Entwicklung überholt. Die Regelung der Pensionen der
Einheimischen falle aber nach wie vor unter die Landes-
gesetzgebung. Die Situation nach der Währungsreform
sei, so führte er weiter aus, sehr kritisch gewesen. Die
Versorgungslasten machten in Bayern 50 Prozent des
Aktivitätsaufwandes aus, während das Verhältnis vor
dem ersten Weltkrieg bei 20 Prozent und noch in den
zwanziger Jahren bei 25 und 26 Prozent gelegen sei.
Daß die Regierung bei der Währungsumstellung Maß-
nahmen zur Pensionsenkung ergriffen habe, sei daher
erklärlich. Zwei Gesichtspunkte seien von Bedeutung:
Einmal solle die Pension in langen Jahren erdiene wer-

(Dr. Wuhlhofer [CSU])

den, weshalb auch die frühere Verbindung mit der Ernennung auf Lebenszeit gelöst worden sei, weil sich dabei erhebliche Mißstände herausgestellt hätten, und zweitens habe die Erwägung im Hintergrund gestanden, daß die kommende größere staatliche Gemeinschaft diese Verhältnisse regeln würde. Die Zahlungen unter Anrechnung früherer Dienstzeiten seien eine ausgesprochene Bundeslast. Deshalb sei es dem bayerischen Staat nicht möglich gewesen, diese Verpflichtungen von vornherein zu übernehmen. Dieser Standpunkt habe den Vorteil gehabt, daß die Voraussetzungen für die Übernahme von Flüchtlingsbeamten gelockert und damit manche Bedenken gegen die Einstellung von Flüchtlingen als planmäßige Beamte aus dem Wege geräumt werden konnten. Das Beamtenrecht an sich sei grundsätzlich eine Angelegenheit der Länder, dem Bund stehe aber die Rahmengesetzgebung zu.

Der Abgeordnete Haugg stellte dann folgenden Abänderungsantrag: „Die Staatsregierung ist zu ersuchen, bei der Bundesregierung die Beschleunigung der Versorgungs- und Wartegelddregelung für Flüchtlingsbeamte intensiv zu betreiben.“ Ministerialdirigent Kallenbach wies darauf hin, daß der Landtag erst vor kurzem einen ähnlichen Antrag Dr. von Brittwitz und Gaffron angenommen habe, worauf der Abgeordnete Haugg seinen Antrag zurückzog.

Der Vorsitzende brachte dann folgenden Abänderungsantrag ein:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag einen Entwurf eines neuen bayerischen Beamtengesetzes vorzulegen.

Er wies darauf hin, daß die Pensionsfrage doch nur ein Teil des Beamtengesetzes sei.

Der Mitberichterstatter hatte gewisse Bedenken gegenüber Erklärungen der Regierung, dieses oder jenes Gesetz sei in Vorbereitung, nachdem man habe feststellen müssen, daß doch die Gesekentwürfe immer ziemlich lange auf sich warten lassen. Ministerialdirigent Kallenbach betonte, daß er bereits vor dreiviertel Jahren einen Referentenentwurf ausgearbeitet habe. Im August vorigen Jahres sei Bayern mit den übrigen Ländern in Verbindung getreten und habe auch bezüglich der Flüchtlingsbeamten mit dem Bundesfinanzminister Föhlung genommen. Der letzte, in Bonn vorgelegte Entwurf enthalte die bayerischen Gedanken und Anregungen. Der bayerische Entwurf sei den beteiligten Referaten zu einer nochmaligen Überprüfung zugegangen und werde in Kürze dem Kabinett vorgelegt.

Der Abänderungsantrag des Vorsitzenden, den ich bereits verlesen habe, wurde einstimmig angenommen. Sie finden ihn als Antrag des Ausschusses auf Beilage 3519.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen liegen nicht vor; wir stimmen ab.

Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 3519 ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich er-

heben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Befoldungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten Dr. Einnert und Genossen und Euerl betreffend Beförderung der Volksschullehrer zu Oberlehrern (Beilage 3520).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hauße; ich erteile ihm das Wort.

Hauße (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! In seiner 27. Sitzung am 14. März befaßte sich der Ausschuß für Befoldungsfragen mit den Anträgen der Abgeordneten Dr. Einnert und Genossen und Euerl betreffend Beförderung der Volksschullehrer zu Oberlehrern. Der Beratung lag der Antrag des Abgeordneten Dr. Einnert und Fraktion vom 12. Oktober 1949 und der Antrag des Herrn Abgeordneten Euerl vom 16. Oktober 1949 zugrunde. Der Inhalt der Anträge besagt — in Kürze —, es solle die Möglichkeit der Beförderung von Lehrern, hauptsächlich der Klaflehrer, bei Bewährung wieder eingeführt werden. Als Begründung wird angegeben, daß die Abschaffung dieser Beförderungsmöglichkeit durch das Reichsbefoldungsgesetz ein Akt nationalsozialistischen Unrechts gewesen sei. Derselbe Antrag lag dem Hause bereits früher vor, und zwar als Antrag Dr. Einnert, Schneider und Genossen. Hierüber wurde im Ausschuß für Befoldungsfragen im Dezember 1947 und im Plenum am 30. Juli 1948 Beschluß gefaßt.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Abgeordneten zu den einzelnen Fragen Stellung genommen. Allgemein wurde die Wiedereinführung der Beförderung bewährter Lehrer zu Oberlehrern befürwortet.

Regierungsdirektor Braun vom Kultusministerium betonte hierbei das besondere Wohlwollen des Kultusministeriums und ganz besonders des Herrn Ministers und erklärte, daß früher für ein Sechstel der Planstellen Oberlehrerstellen als Beförderungstellen vorgesehen waren. Der Bayerische Lehrerverein habe sich wiederholt mit Eingaben an das Ministerium gewendet, um diese Beförderungsmöglichkeit wieder zu erreichen. In der Reichsbefoldungsordnung von 1940 seien diese Oberlehrerstellen abgeschafft und dafür die Stellen der Direktoren mit einem Grundgehalt von 6000 und der Hauptlehrer mit einem Grundgehalt von 5800 Mark geschaffen worden.

In der Diskussion wurde dann ganz besonders von dem Abgeordneten Dietl herausgestellt, daß man nicht bloß einseitig die Beförderungsmöglichkeiten bei den Lehrern prüfen dürfe, sondern auch berücksichtigen müsse, wie weit diese Reichsbefoldungsordnung anderen Beamtengruppen Vorteile verschafft habe.

Der Vertreter des Finanzministeriums wies darauf hin, daß diese Beförderungsmöglichkeit, wenn sie wieder eingeführt wird, im nächsten Etatjahr eine Belastung von ungefähr 800 000 Mark bringe.

Man kam dann nochmals darauf zu sprechen, daß dieser Antrag ja schon einmal vorgelegen habe. Der Berichterstatter war der Ansicht, daß hier vielleicht gar kein neuer Antrag notwendig sei, sondern daß lediglich betont werden müsse, daß der frühere Beschluß vom Jahre 1948 endlich der Durchführung bedürfe.

(Hauffe [SPD])

Der Mitberichterstatter, Abgeordneter Dr. Gromer, vertrat jedoch die Meinung, man solle ruhig nochmals einen Beschluß fassen und dabei das Wörtchen „neuerdings“ einfügen, auf das die Betonung zu legen sei.

Der Ausschuß faßte daraufhin einstimmig folgenden Beschluß:

Die Staatsregierung wird neuerdings ersucht, dem Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem in Anlehnung an die früheren Bestimmungen allen Volksschullehrern der Aufstieg in höhere Befoldungsgruppen ermöglicht wird.

Ich bitte, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen liegen nicht vor; wir stimmen ab. Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 3520 ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung zu diesem Antrag fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau zum Antrag des Abgeordneten Scharf betreffend Unterstützung der bildenden Kunst (Beilage 3517).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Zillibiller; ich erteile ihm das Wort.

Zillibiller (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Abgeordneter Scharf hat den auf Beilage 3052 abgedruckten Antrag eingereicht, wonach bei sämtlichen vom Staat zu vergebenden Bauten ein Prozent der Bauauftragssumme von vornherein abgezweigt werden soll, um die notleidenden Künstler mit Aufträgen zu versehen. Dieser Antrag wurde im Kulturpolitischen Ausschuß am 10. Januar 1950 behandelt und redaktionell umgestaltet; Sie finden ihn auf Beilage 3257. In der Plenarsitzung vom 16. Februar, in welcher dieser Antrag behandelt wurde, wurde er neuerdings dem Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau überwiesen, da inzwischen ein Abänderungsantrag Scharf eingelaufen war. Es sollten bei Ziffer 1 nicht nur die staatlichen Bauten einbezogen werden, sondern auch sämtliche Bauten der Körperschaften, die mit staatlichen Mitteln gefördert werden.

Der Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau hat sich am 13. März 1950 mit dem Antrag beschäftigt. Der Berichterstatter führte aus, daß am 3. Januar 1950 eine Verfügung der Obersten Baubehörde ergangen sei, in welcher die Forderungen dieses Antrags bereits voll und ganz erfüllt seien. Die Verfügung der Obersten Baubehörde bestimmte über den ursprünglichen Antrag hinaus, der nur von einem Prozent gesprochen habe, daß bei den größeren staatlichen Bauten zwei Prozent der gesamten Baukosten für Aufträge an die bildenden Künstler bereitgestellt werden sollen. Außerdem empfiehlt diese Anordnung der Obersten Baubehörde den Selbstverwaltungskörpern und den Handels- und Industrieunternehmungen, in gleicher Weise zu verfahren.

Der Ausschuß war sich darüber einig, daß diese Forderung der Abzweigung von zwei Prozent nur für größere, repräsentative Bauten gelten könne, daß aber irgendeine derartige Forderung bei Unternehmungen des sozialen Wohnungsbaues nicht Platz greifen könne, man aber trotzdem versuchen müsse, auch bei den sozialen Wohnungsbauvorhaben durch Einschaltung eines verhältnismäßig künstlerisch eingestellten Handwerksbetriebes usw. die ästhetische Note nicht ganz außer acht zu lassen. Der Ausschuß vertrat die Auffassung, daß durch die genannte Verfügung der Obersten Baubehörde der Antrag überflüssig geworden sei, und legte dem Antragsteller, Kollegen Scharf, nahe, den Antrag zurückzuziehen. Kollege Scharf erklärte sich dazu nicht bereit, vor allem auch deshalb, weil nicht festgelegt worden war, daß die Verbände der bildenden Künstler bei der Auftragsvergebung heranzuziehen seien.

Durch eine gemeinsame Erklärung der Obersten Baubehörde und des Kultusministeriums wurde auch dieses Bedenken ausgeräumt. Das Kultusministerium hat vorgeschlagen, ähnlich wie früher wieder eine sogenannte Staatsbaukommission zu bilden, die bei großen Bauten die ästhetische und künstlerische Aufsicht führen soll.

Berichterstatter und Mitberichterstatter beantragten, nachdem Kollege Scharf sich nicht zur Zurückziehung des Antrags bereifinden konnte, die Ablehnung des Antrags, und der Ausschuß faßte gegen die Stimme des Antragstellers dementsprechend Beschluß. Der Ausschuß war sich aber vollkommen darüber klar, daß die Ablehnung nicht etwa deshalb erfolge, weil kein Einverständnis mit der Tendenz des Antrags bestehe, sondern lediglich deshalb, weil dieser Antrag durch die Anordnung der Obersten Baubehörde inzwischen überholt sei.

Ich möchte das hohe Haus bitten, dem Beschluß des Ausschusses, diesen Antrag als überholt abzulehnen, beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 3517 ist, behalte Platz, wer dagegen ist, möge sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses zum Ausschußantrag fest.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau zum Antrag der Abgeordneten Kleffinger, Koste, Niehling und Dr. Rief betreffend gesetzliche Regelung der Mietpreise für vom Mieter instandgesetzte Wohnungen (Beilage 3518).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Michel. Ich erteile ihm das Wort.

Michel (CSU) [Berichterstatter]: Der Berichterstatter gab den Antrag auf Beilage 2832 und seine Begründung bekannt und erklärte, daß es leider eine ganze Reihe von Hausbesitzern gebe, die sich weigern, die Aufwendungen ihrer Mieter für ihre Wohnung anzuerkennen. Gerade in den großen Städten seien viele Häuser erhalten geblieben, weil die Mieter in den Bombennächten Wasser geschleppt und mit ihren Mitteln die teils durch Wasserschäden, teils durch

(Michel [CSU])

Bombeneinwirkungen unbrauchbar gewordenen Wohnungen wieder instandgesetzt haben. Der vorliegende Antrag sei daher auf jeden Fall zu begrüßen.

Der **Mitberichterstatter** sprach sich in demselben Sinne aus.

Der Kollege **Krempf** brach für die Hausbesitzer der Stadt Schwandorf eine Lanze und erklärte, daß es in erster Linie die Hausbesitzer gewesen seien, die in Schwandorf ihre Häuser instandgesetzt hätten. Er habe keine stichhaltige Begründung gehört, die ihn veranlassen könnte, dem Antrag stattzugeben. Außerdem sei die ideale Zeit des Hausbesitzers vorbei; denn die Friemietmiete betrage immer noch nur 110 Prozent.

Der **Berichterstatter** gab dem Kollegen **Krempf** darin recht, daß die ideale Zeit des Rentenhauseigentümers vorbei sei.

Abgeordneter **Donsberger** war der Ansicht, daß die bisherige gesetzliche Regelung genüge.

Diplomkaufmann **Prange** betonte zur Klarstellung, die Preisbehörden hätten keine Befugnis, Anrechnungsbeträge festzustellen oder gar so weit in die Mietverträge einzugreifen, daß sie die monatliche Miete kürzen könnten, weil der Mieter für die Instandsetzung der Wohnung eine bestimmte Summe aufgewendet habe. Sie könnten lediglich dann, wenn eine Wohnung durch Kriegsschäden im Wert erheblich gemindert sei, durch eine Ortsbesichtigung feststellen, wie weit eine Mietminderung in Anbetracht des noch bestehenden Schadens festzusetzen wäre. Diese Mietminderung könne die Preisbehörde ausrechnen und den Vertragspartnern mitteilen. Aber wenn die Wohnung instandgesetzt sei, könne die Preisbehörde keine Kürzung der Miete festsetzen. Wenn das eine Preisbehörde getan habe, habe sie außerhalb ihrer Befugnisse gehandelt. Es sei auch nicht Aufgabe der Preisbehörde, unter den Vertragspartnern zu vermitteln. Wenn diese sich nicht einigen könnten, seien die Möglichkeiten des BGB gegeben.

Auf Grund der Auskünfte kam der Ausschuß zu der Überzeugung, daß dem Antrag der Kollegen **Kleffinger**,

Koske, **Miehling** und **Dr. Rief** die Zustimmung zu erteilen sei. Er hat mit 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen diesen Beschluß gefaßt.

Ich erlaube das hohe Haus, diesem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichtserstatter.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab.

Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 3518 ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

(**Krempf:** Ich bin dagegen.)

Der **Punkt:**

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten Haushalter und Koske betreffend Rückgängigmachung aller Anordnungen, die im Widerspruch zum Landtagsbeschluß betreffend Errichtung eines Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen stehen, und Bildung eines Sonderministeriums für Heimatvertriebenenfragen, Wiederaufbau und Lastenausgleich (Beilage 3515)

soll auf Wunsch des Herrn Staatssekretärs **Jaenicke** zurückgestellt werden. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Weiter ist der Wunsch an mich herangetragen worden, nunmehr die Sitzung zu beenden. Wenn das Haus damit einverstanden ist, gebe ich dem statt. — Es ist so beschlossen.

Hohes Haus! Ich möchte dann noch folgendes bekanntgeben: Die nächste Plenarsitzung findet am 18. April 1950 statt.

Zum bevorstehenden **Ostern** wünsche ich Ihnen allen frohe, gesunde Feiertage.

(**Zurufe:** Ebenfalls!)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 10 Uhr 52 Minuten.)